

Schweizerische Gesandtschaft

in
Berlin.

VI/S.

An Minister Lady: mit mir reden: mitteilungen!
C.

Mexico: Albertini hat die Wirtschaft. Das
Deutschland als sehr beunruhigend
dargestellt - Schulden sind sehr hoch

Herr Bundespräsident,

Freitag,
29. November 1918.

ausgeführt sein - Vorher war es
in Berlin
Dort am
sprechen

Die gestrige Versammlung des Gross-Berliner Soldatenrates im Reichstagsgebäude, zu der auch Vertreter Süddeutschlands und der Ostfront erschienen waren, brachte eine äusserst heftige Auseinandersetzung zwischen Soldatenrat und Vollzugsrat. Die Delegierten der Soldatenräte bezweckten die Auflösung des Vollzugsrats, weil dieser die Reichsleitung in ihrer Arbeit auf Schritt und Tritt hindere und sich durchaus nicht seiner Aufgabe gewachsen gezeigt habe. (Siehe Beilage I)

Es wurde schliesslich beschlossen, aus sieben Berliner Regimentern eine siebengliedrige Kommission zu wählen, die sofort die bisherige Tätigkeit des Vollzugsrats zu prüfen und Bericht zu erstatten hat und die sich mit der Zusammensetzung des Vollzugsrates und mit anderen Fragen beschäftigen soll. Diese Kommission soll Sonnabend den 30. November früh ihre Tätigkeit beginnen. Ferner wurde vereinbart, auf der nächsten Vollversammlung der Soldatenräte Berlins am 30. November nachmittags 3 Uhr den gestern nicht mehr zur Beratung gekommenen Antrag über

An das Schweizerische Politische Departement,

Abteilung für Auswärtiges,

B e r n .

BAR

218

Dodis



- 2 -

die Nationalversammlung als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Parteiausschuss der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, welcher gestern in Berlin tagte, verlangt die schleunige Einberufung der Nationalversammlung und fordert die Genossen auf, durch rastlose Aufklärungsarbeit der Partei den Wahlsieg zu sichern (siehe Beilagen 2 und 3)

Nach einer W. T. B. - Meldung vom 29. November hat der Rat der Volksbeauftragten in seiner gestrigen Sitzung die Verordnung über die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung angenommen. Die Wahlen sollen vorbehältlich der am 16. Dezember 1918 zusammentretenden Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands am 16. Februar 1919 stattfinden. (siehe Beilage 4)

Die sozialdemokratische Partei befindet sich in einer unangenehmen Situation. Einerseits ist sie vom rein parteipolitischen Standpunkte aus bestrebt, die Einberufung der Nationalversammlung möglichst hinauszuschieben und unterdessen die Wählerschaft sozialistisch eindringen zu können. Andererseits sollte sie als Regierungspartei im staatlichen Interesse und zur Stärkung der Stellung der Regierung bald eine gesetzmässig oder annähernd gesetzmässig parlamentsartige Körperschaft hinter die Regierung stellen. Der Ausweg ist folgendermassen gefunden worden. Die Wahl der Nationalversammlung soll am 16. Februar 1919 stattfinden. Um aber bis zu diesem Zeitpunkte eine Art sozialistisches Reichsparlament zu besitzen, soll am 16. Dezember durch die Arbeiter- und Soldatenräte des ganzen Reiches ein Reichszentralausschuss gewählt werden, (Siehe Beilage 4)

Die durch den bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner und durch Kautsky hervorgerufene Krisis im hiesigen Auswärtigen Amte (siehe Beilage 5) ist noch nicht beendet. Immerhin scheint der Austritt von Solf dadurch in Frage gestellt, dass die Stellung Eisners wegen der Veröffentlichung der diplomatischen Briefe des früheren hiesigen bayerischen Legationsrats von Schön über den Kriegsausbruch in Bayern sehr erschüttert ist und ferner auch dadurch, dass sich laut Politisch-Parlamentarische Nachrichten (P.P.M. siehe Beilage 5) sämtliche Beamte der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes mit Solf solidarisch erklärt haben. Ueberdies sollen sich Scheidemann und David mit Solf solidarisch erklärt haben (auf Seite Eisners stehen die unabhängigen Regierungsmitglieder Haase, Dittmann und Barth)

Staatssekretär Solf hat sich gestern gegenüber einem Diplomaten dieser Gesandtschaft dahin geäußert, dass er auf die bayerische Note Eisners der Regierung beantragt habe, allerdings ohne Erfolg, man solle dem bayerischen Gesandten antworten, er möge sich nicht die Mühe nehmen, die Note zu überreichen, da sie nicht beantwortet werde. Nach einer anderweitigen Mitteilung soll Solf nur deshalb noch im Amte sein, weil Kautsky zur Zeit an einer schweren Grippe erkrankt sei.

Solf äusserte sich bei dem oberwähnten Anlasse über die allgemeine Lage Deutschlands noch wie folgt:

Deutschland gehe " fürchterlichen Wochen " (Hunger - und politischen Revolten etc) entgegen. Er sei aber zuversichtlich für Deutschlands Zukunft und glaube an die Willenskraft des deutschen Volkes.

Solf meinte, dass die Spartakusleute doch noch ans Ruder kämen, und dass es ihnen gelänge, immer mehr von den unabhängigen Sozialisten in die Regierung hineinzubringen. Sie arbeiten mit viel Geld und besäßen Waffen. Aber auch diese Regierung würde nur " ein wüster Traum " sein. Die Reaktion könne nicht ausbleiben. Solf meinte, wenn Spartakusleute an die Regierung kämen, sollten sämtliche neutralen Vertreter in Berlin als Demonstration abreisen.

Er sagte ferner, " es ist nicht ausgeschlossen, dass die Tommies ihren Plumpudding im Hotel Adlon verspeisen." Wenn eine Besatzung nach Berlin kommen sollte, erklärte Solf, wünsche er Deutschland jede nur keine französische.

Gefährlicher als Liebknecht, welchen Solf für einen Phantast hält, sei Rosa Luxemburg, die als die "Seele" der Spartakusleute gelte und eine sehr kluge und geschickte Frau sei.

Die schweren Waffenstillstandsbedingungen deutet Solf aus dem Umstande, dass die Entente bis vor ganz wenigen

- 5 -

Tagen noch die tatsächliche Macht Deutschlands überschätzte. Sie glaubte, Deutschland sei noch fähig den Krieg wieder aufzunehmen. Erst in den letzten Tagen merke man, dass man drüben die hiesige Lage zu begreifen anfange.

Solf sagte auch, wir könnten ruhig nach Bern berichten, welcher vorzüglichen Eindruck hier die " prächtige Kraftprobe " des Schweizervolks im Generalstreik machte. Er meinte aber, in der Asylrechtsfrage würden wir wohl bald schärfer vorgehen müssen.

Konsul Engler schreibt am 28. November aus Hamburg an diese Gesandtschaft:

Die Verhältnisse sehen hier schlimm aus. Besonders mit Bezug auf genügende Versorgung mit Lebensmitteln hegt man düstere Befürchtungen. Die Kartoffelration wird in Kürze auf 3 Pfd. pro Woche herabgesetzt und die Selbstversorger sollen ihre Vorräte zurückgeben müssen. Die Fleischversorgung soll ganz aufhören, es heisst, es soll nur noch Pferdefleisch zur Verteilung kommen. Ebenso schlimm steht es mit Butter, Fett und Milch. Solche Zustände dürften zu Unruhen führen. Die Unzufriedenheit mit der Wirtschaft der Arbeiter- und Soldatenräte wächst etc.

Montag
2. Dezember 1918.

Vorstehenden bezüglich Staatssekretär Dr. Solf von Legationsrat Egger anlässlich einer Einladung in Erfahrung gebrachten Äusserungen und vorstehenden im übrigen von Legationssekretär Dr. Zetter redigierten Meldungen füge ich vor Abgang des Kuriers noch folgendes bei:

Die allgemeine Situation hat seit meinem letzten Berichte keine sehr grosse Aenderung erfahren. Die Regierung dürfte vielleicht etwas stärker geworden sein. Dessenungeachtet ist aber eine sehr starke Spartakusgruppe, welche enorm agitiert, vorhanden. Dies insbesondere in Berlin. Aber auch vom Balkon der deutschen Bank in Bremen aus wurde die proletarische Republik angesichts einer mehrtausend köpfigen Menge ausgerufen. In Bremen erklangen Rufe, es sollen alle Proletarier bewaffnet und alle anderen Einwohner entwaffnet werden. Auch in den industriellen Betrieben soll ein unglaublicher Terrorismus herrschen, der bei weiterer Fortdauer zur Einstellung verschiedener industrieller Werke führen muss. Die Werke müssen gemäss Befehl der Regierung sämtliche aus dem Felde zurückgekehrten früheren Arbeiter wieder einstellen. Die Arbeiter fordern unglaublich hohe Löhne und setzen gleichzeitig die Arbeitszeit willkürlich kurz an. Die Forderung des Achtstundentages ist schon vielerorts überschritten. Infolge dieser Verhältnisse müssen selbstverständlich auch die Produktionskosten eine unnatürliche Steigerung erfahren. ^{Bei} ~~Auf~~ Weiterentwicklung der Verhältnisse in dieser Richtung dürften wohl bald ähnliche Verhältnisse eintreten, wie sie kürzlich ein Mitglied eines Soldatenrates einer deutschen Heeresformation im Osten skizzierte. Dieses Mitglied führte aus, dass in Russland die industriellen Produktionskosten doppelt^{so} hoch seien wie der

Wert der produzierten Ware.

Von Hannover erfahre ich, dass dort Bestrebungen bestehen, eine selbständige Republik Hannover zu gründen. Jedenfalls spielen hier auch welfische Abneigungen gegen Preussen mit.

Gestern hielten Ebert und der Landwirtschaftsminister Braun vor einer zweitausend Personen starken Versammlung vernünftige beruhigende Reden. Ich lege einen Ausschnitt aus dem Berliner Tageblatt bei, der Sie näher über deren Inhalt und im Anschlusse daran gefasste Resolution orientiert.

Vom Spanischen Botschafter habe ich gestern erfahren, dass ein Delegierter des Amerikanischen Roten Kreuzes Husband seit 8 Tagen in Berlin weilt, um sich über die Verhältnisse in Deutschland zu orientieren. Herr Husband hat durch Vermittlung der Spanischen Botschaft gestern ein Telegramm an die Amerikanische Gesandtschaft in Bern gerichtet, in dem er ausführlich begründet, dass er Deutschland als militärisch endgültig erledigt betrachte und es für notwendig halte, dass die Entente Deutschland mit Lebensmitteln versehe, um den Ausbruch von Hungersnot und Anarchie zu verhindern.

Ueber den moralischen Zustand der von der Front zurückmarschierenden geschlossenen Heeresseinheiten lauten die Ansichten und Gerüchte immer noch sehr verschieden. Gestern hörte ich von meist gut orientierter Seite, einzig die Armee von der Marwitz sei punkto Disziplin und Gesinnung noch ganz intakt. Diese Armee sei noch vollständig in der Hand ihres Führers. Ob die Regierung es wagen wird, dieses Instrument zur Festigung ihrer Stellung zu verwerten, wird die Zukunft lehren. Ohne einen gewaltigen Sturm bei den Spartakusleuten, der möglicherweise bewaffnetes Auftreten derselben auslösen könnte, würde dies jedenfalls nicht geschehen können.

Auf einen eigentümlichen Widerspruch ist Legationsrat Egger gestossen. Anlässlich seines Zusammenseins mit Staatssekretär Solf sagte dieser, alle Radio telegraphischen Stationen befänden sich in den Händen der unabhängigen Sozialisten. (Spartakus) Die Regierung hätte keinen Einfluss auf den Betrieb dieser Stationen mehr. Diese Aeusserung stimmt mit einer Warnung von seiten der Regierungspresse überein. Zwei Tage darauf sagte jedoch der über diesen Punkt interpellierte frühere Reichstagsabgeordnete und jetzige Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt Cohn "leider" sei dies nicht der Fall.

Nachdem was ich von verschiedenen anderen Seiten gehört habe, dürfte die von Solf vertretene Ansicht stimmen. Ich hebe dies deshalb ausdrücklich hervor, da es für die Schweiz jedenfalls geraten erscheint, alle von deutschen Funkstationen ausgegebenen Meldungen mit äusserstem Misstrauen aufzufassen. Verständigung der Nachrichtensektion des Armeestabes und von Oberstleutnant Hilfiker scheint mir angezeigt.

Aus industriellen Kreisen wird berichtet, die Kohlenbestände seien allerdings knapp und die Zufuhren ausserordentlich spärlich. Von einer Kohlenkatastrophe könne aber trotzdem keine Rede sein, denn im Notfalle ständen die

gewaltigen Kohlendepots der Kriegsmarine zur Verfügung die bis jetzt noch nicht angegriffen worden seien. Diese Ansicht ist jedenfalls ausserordentlich optimistisch. Die Kriegsmarine dürfte allerdings bedeutende Kohlendepots hinterlassen haben. Angesichts der schlechten Transportverhältnisse in Deutschland dürften diese Kohlenmengen aber wohl nur denjenigen Gebieten zugute kommen, die sich nicht allzuweit von den bisherigen Flottenstationen entfernt befinden.

Der baldige Abgang des Kuriers nötigt mich abzuschliessen. Doch möchte ich dies nicht tun, ohnehin ganz besonders darauf aufmerksam gemacht zu haben, dass gegenwärtig in ganz Deutschland eine Menge von Schweizern ihre Stellung verlieren, indem sie den aus dem Felde zurückkehrenden früheren Inhabern derselben ungesäumt Platz machen müssen. Vielerorts, wo der Arbeitgeber selber nicht künden würde, wird er durch die Arbeiter- und Soldatenräte hiezu gezwungen. Dies wird in der nächsten Zeit einen grossen Rückfluss von Schweizern nach der Schweiz mit sich bringen. Viele dieser Schweizer geben der Hoffnung Raum, man werde zu Hause Gegenrecht üben und die in der Schweiz angestellten Deutschen an die Luft setzen, um ihnen Platz zu machen.

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte:

B. Mercier